



Rat der
Europäischen Union

020467/EU XXVI. GP
Eingelangt am 07/05/18

Brüssel, den 27. April 2018
(OR. en)

8043/18
PV CONS 22
AGRI 174
PECHE 124

ENTWURF EINES PROTOKOLLS
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(Landwirtschaft und Fischerei)

16. April 2018

INHALT

Seite

1. Annahme der Tagesordnung..... 3
2. Annahme der Liste der A-Punkte 3
 - a) Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten
 - b) Liste der Gesetzgebungsakte

Beratungen über Gesetzgebungsakte

LANDWIRTSCHAFT

3. Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette..... 5

FISCHEREI

4. Verordnung über einen Mehrjahresplan für Fischbestände in westlichen Gewässern 5

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

LANDWIRTSCHAFT

5. Lebensmittelverluste und Lebensmittelverschwendung: Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Schlussfolgerungen des Rates vom Juni 2016 6

Sonstiges

Fischerei

6. a) Verordnung (EU) Nr. 1380/13 über die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP): Auslegung von Artikel 15 7

Landwirtschaft

- b) TAIEX-Workshop: Der Stellenwert freilebender Tiere beim Tiergesundheitsmanagement (Sofia, 8./9. März 2018) 7
- c) Hochrangige Konferenz zum Thema "Afrikanische Schweinepest" (Warschau, 26. März 2018)..... 7
- d) Gemeinsame Maßnahmen zur Ausrottung der Afrikanischen Schweinepest in der EU 7
- e) Aktueller Gesetzgebungsvorschlag 7
Verordnung über Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Bewertung von Risiken in der Lebensmittelkette durch die EU

- ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll..... 8

*

* *

1. Annahme der Tagesordnung

Der Rat nahm die in Dokument 7720/1/18 REV 1 wiedergegebene Tagesordnung an.

2. Annahme der Liste der A-Punkte

a) Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten 7722/18

Der Rat nahm die in Dokument 7722/18 enthaltenen A-Punkte einschließlich von COR- und REV-Dokumenten an, die zur Annahme vorgelegt wurden. Die Erklärungen zu diesen Punkten sind im Addendum enthalten.

In Bezug auf die folgenden Punkte müssen die entsprechenden Dokumentenangaben wie folgt lauten:

Fischerei

2. Beschluss des Rates über die Aufnahme von Verhandlungen über ein partnerschaftliches Fischereiabkommen mit dem Königreich Marokko
Annahme
vom AStV (1. Teil) am 11.4.2018 gebilligt
- 7448/18
+ **ADD 1 REV 1**
7548/18 + ADD 1
PECHE

Verkehr

10. Geänderter Vorschlag für einen Beschluss über das Luftverkehrsabkommen EU-Kanada
Ersuchen um Zustimmung des Europäischen Parlaments
vom AStV (1. Teil) am 28.3.2018 gebilligt
- C** 7118/18 + **ADD 1**
6730/18
AVIATION

Binnenmarkt und Industrie

12. Verordnung über die Lufttüchtigkeit
Annahme
vom AStV (1. Teil) am 11.4.2018 gebilligt
- C** 7609/18
6809/18
+ **REV 1 (It)**
UD
14. Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der EU und Neuseeland über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich
Annahme
vom AStV (1. Teil) am 11.4.2018 gebilligt
- C** 7307/1/18 REV 1
7712/16
+ **COR 1 (hu)**
UD

Delegierte Rechtsakte/Durchführungsrechtsakte

Landwirtschaft

16. Verordnung (EU) .../... der Kommission vom XXX zur Änderung von Anhang V der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bestimmungen zur Entfernung spezifizierter Risikomaterialien bei kleinen Wiederkäuern
Beschluss, den Erlass nicht abzulehnen
vom AStV (1. Teil) am 28.3.2018 gebilligt
- 7124/18 + **ADD 1**
6295/18
AGRILEG

Binnenmarkt und Industrie

24. Delegierte Verordnung (EU) .../... der Kommission vom 5.3.2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Unionsmarke und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1430
Delegierter Rechtsakt – Absicht, keine Einwände zu erheben
vom AStV (1. Teil) am 11.4.2018 gebilligt

7510/18
6890/18
+ COR 1 (fr)
PI

- b) **Liste der Gesetzgebungsakte (Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)**

7723/18

Auswärtige Angelegenheiten

1. **Verordnung über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern (Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente)**
Annahme des Standpunkts des Rates in erster Lesung und der Begründung des Rates
vom AStV (2. Teil) am 11.4.2018 gebilligt

ⓘ 7631/1/18 REV 1
Ⓒ 7631/18 ADD 1
5700/18 + ADD 1
WTO

Der Rat nahm seinen Standpunkt in erster Lesung gemäß Artikel 294 Absatz 5 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und die Begründung des Rates gegen die Stimmen der britischen und der schwedischen Delegation und bei Stimmenthaltung der irischen Delegation an (Rechtsgrundlage: Artikel 207 Absatz 2 AEUV).

Erklärungen zu diesem Punkt sind in der Anlage wiedergegeben.

Forschung

2. **Beschluss über die Finanzbestimmungen für den Forschungsfonds für Kohle und Stahl**
Annahme
vom AStV (1. Teil) am 28.3.2018 gebilligt

Ⓢ 7200/18
14532/17
RECH

Der Rat nahm den Beschluss des Rates zur Änderung der Entscheidung 2003/76/EG zur Festlegung der Bestimmungen für die Durchführung des Protokolls zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl in der von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeiteten Fassung des Dokuments 14532/17 an.

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

LANDWIRTSCHAFT

3. Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette



Vorstellung durch die Kommission

Der Rat nahm Kenntnis von den Erläuterungen der Kommission zu ihrem Vorschlag für eine Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette.

Der Rat nahm ferner Kenntnis von den ersten hierauf geäußerten Reaktionen der Delegationen.

FISCHEREI

4. Verordnung über einen Mehrjahresplan für Fischbestände in westlichen Gewässern



7287/18

7245/18

Vorstellung durch die Kommission

Gedankenaustausch

Der Rat nahm Kenntnis von den Erläuterungen der Kommission und den Bemerkungen Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Frankreichs, Irlands, Italiens, Lettlands, der Niederlande, Portugals, Schwedens, Spaniens und des Vereinigten Königreichs.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

LANDWIRTSCHAFT

5. **Lebensmittelverluste und Lebensmittelverschwendung:** [2] 6659/18
Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der
Schlussfolgerungen des Rates vom Juni 2016
Informationen des Vorsitzes und der Kommission
Gedankenaustausch

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen des Vorsitzes und der Kommission über die erzielten Fortschritte, einschließlich der schriftlichen Zusammenfassungen in Dokument 6659/18.

Während des Gedankenaustauschs äußerten die Minister die Ansicht, dass beträchtliche Fortschritte bei der Umsetzung der Schlussfolgerungen des Rates von 2016 erzielt wurden. Sie legten Informationen zu Maßnahmen auf nationaler Ebene vor (z. B. nationale Rechtsvorschriften, Programme und Kampagnen zur Sensibilisierung) und würdigten die Arbeit der Kommission an der EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung.

Allerdings forderte die Mehrheit der Minister, die Umsetzung zu beschleunigen, um das ehrgeizige Ziel 12.3 der VN-Agenda 2030 zu erreichen. Ihrer Ansicht nach sind weitere Maßnahmen erforderlich, insbesondere in den Bereichen Messmethode, Definitionen und Daten, Kennzeichnung, Sensibilisierung, neue Technologien, Forschung und Innovation, Anreize, Vermarktungsnormen, Austausch bewährter Verfahren, Nutzung ehemaliger Lebensmittel als Futtermittel und Lebensmittelspenden.

Mehreren Ministern ist die Verringerung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung ein vorrangiges Anliegen. Einige von ihnen betonten, dass nationale Maßnahmen nach wie vor der Schlüssel für weitere Fortschritte bleiben sollten. Die Minister betonten, dass die Verringerung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung eine sektorübergreifende Frage ist, die in einem engen Zusammenhang mit der Kreislaufwirtschaft steht und eine gewisse ökologische, wirtschaftliche und soziale Dimension hat. Die Probleme sind komplex, betreffen die gesamte Lebensmittelkette und erfordern das Handeln und die Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Einige Minister hoben hervor, dass der Landwirtschaft eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung zukommt, und vertraten die Auffassung, dass der neue Programmplanungszeitraum und die künftige Reform der GAP eine Gelegenheit bieten könnten, Lebensmittelverlusten und -verschwendung noch stärker entgegenzuwirken.

Sonstiges


Der Rat befassete sich unter "Sonstiges" mit folgenden Punkten (6. a) – d)):

Fischerei

6. a) **Verordnung (EU) Nr. 1380/13 über die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP): Auslegung von Artikel 15** 7726/1/18 REV 1
Informationen der spanischen Delegation

Landwirtschaft

- b) **TAIEX-Workshop: Der Stellenwert freilebender Tiere beim Tiergesundheitsmanagement (Sofia, 8./9. März 2018)** 7564/18
Informationen des Vorsitzes
- c) **Hochrangige Konferenz zum Thema "Afrikanische Schweinepest" (Warschau, 26. März 2018)** 7427/18
Informationen der polnischen Delegation
- d) **Gemeinsame Maßnahmen zur Ausrottung der Afrikanischen Schweinepest in der EU** 7742/18
Informationen der dänischen Delegation
- e) **Aktueller Gesetzgebungsvorschlag**
(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

Verordnung über Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Bewertung von Risiken in der Lebensmittelkette durch die EU  7744/18


Vorstellung durch die Kommission

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission zu ihrem Vorschlag über die Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Bewertung von Risiken in der Lebensmittelkette durch die EU und von den ersten Bemerkungen der Delegationen.

 Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags

 Erste Lesung

 Besonderes Gesetzgebungsverfahren

 Öffentliche Aussprache auf Vorschlag des Vorsitzes (Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)

ERKLÄRUNGEN FÜR DAS RATSPROTOKOLL

Erklärungen zu den die Gesetzgebung betreffenden A-Punkten in Dokument 7723/18

Zu A-Punkt 1: **Verordnung über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern (Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente)**
Annahme des Standpunkts des Rates in erster Lesung und der Begründung des Rates

ERKLÄRUNG DER NIEDERLANDE

"Die Niederlande können der endgültigen Einigung über die Modernisierung der Handelsschutzinstrumente zustimmen. Die Niederlande sind jedoch nach wie vor sehr besorgt angesichts der neu geschaffenen Möglichkeit, dass die Anwendung von Handelsschutzmaßnahmen auf dem Festlandsockel durch Zollbehörden durchgesetzt werden kann.

Die Niederlande möchten sichergehen, dass dieses Element des Vorschlags über die Modernisierung der Handelsschutzinstrumente erst umgesetzt wird, wenn die Rechtsvorschriften der Union insofern geändert wurden, dass die Anwendung und Erhebung von Zöllen erleichtert wird und die erforderlichen Änderungen der IT-Systeme des Zolls vorgenommen wurden, sodass diese Systeme diese neue Aufgabe bewältigen können. Diese Änderungen müssen als Teil der umfassenderen IT-Entwicklungen im Rahmen des mehrjährigen strategischen Aktionsplans und des IT-Arbeitsprogramms des Zollkodex der Union vorgenommen werden. Diese Voraussetzungen müssen bei den künftigen Beratungen über den Durchführungsrechtsakt in den einschlägigen Gruppen des Rates vor dessen Annahme erfüllt sein."

GEMEINSAME ERKLÄRUNG MALTAS UND DÄNEMARKS

"Wir stellen fest, dass das Ergebnis des Dossiers 'Modernisierung der Handelsschutzinstrumente' insgesamt ausgewogen und annehmbar ist. Wir akzeptieren zwar das Ergebnis, möchten aber dennoch unsere Besorgnis darüber zum Ausdruck bringen, dass die Möglichkeit eingeführt wurde, auf dem Festlandsockel Zölle anzuwenden.

Dieses Element war weder Bestandteil des Kommissionsvorschlags noch des ursprünglichen Standpunkts des Rates. Es steht in keinem Verhältnis zu dem Problem, das damit gelöst werden soll, und es könnte für bestimmte Mitgliedstaaten einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand in Form von praktischer Überwachung, Beobachtung, Kosten und Durchsetzung durch die Zollbehörden mit sich bringen.

Angesichts der Beratungen über dieses Element möchten wir darauf hinweisen, dass es eines Mechanismus bedarf, der in Bezug auf Verwaltung und Kosten möglichst wenig aufwändig ist, und wir fordern die Kommission auf, möglichst bald Klarheit zu schaffen. Die Kommission sollte auch keinen Vorschlag für einen Durchführungsrechtsakt unterbreiten, bevor nicht alle Mitgliedstaaten sich davon überzeugt haben, dass die neuen Bestimmungen praktikabel sind."

ERKLÄRUNG SCHWEDENS

"Der Vorschlag für eine **Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates** wird zu mehr Handelsprotektionismus beitragen und so der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der EU schaden."